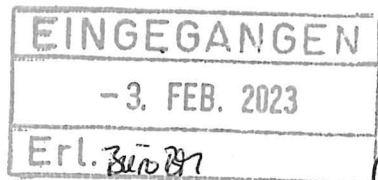




AfD Kreisverband Jerichower Land – Kapellenstraße 38, 39288 Burg

Stadtratsfraktion



Bearbeitet durch
Gerald Lauenroth
Datum: 31.01.2023

Antrag: 3/2023 Beschluss Änderung des Hebesatzes f. d. Grundsteuer B
Antragsteller: Stadtratsfraktion AfD/ FW-Ender
Datum: Stadtratssitzung am 09.03.2023, Vorberatung im Hauptausschuss am 02.03.2023

1. Betreff:

Absenkung des Hebesatzes für die Grundsteuer B unter Berücksichtigung der Inflation des Vorjahres.

2. Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, für das Haushaltsjahr 2023, eine Absenkung des Hebesatzes zur Berechnung der Grundsteuer B um 8 %.

3. Problembeschreibung:

Alle Bevölkerungsteile und Wirtschaftszweige leiden in Deutschland und in der Stadt Burg unter einer selbstgemachten Inflation. Die Verantwortung dafür liegt in einer nicht funktionierenden Ampel in Berlin und deren Handeln. Sie gefährdet hierzulande den Wohlstand, die soziale Gerechtigkeit und den Zusammenhalt der Gesellschaft.

Da die Damen und Herren der Regierung nicht gewillt sind dieser Entwicklung grundlegend entgegenzuwirken haben wir als Volksvertreter die Verpflichtung zum Wohle unserer Bevölkerung hier in der Kommune zu handeln. Insbesondere auch vor dem Hintergrund, da gerade diese Regierung damit beschäftigt ist die Bevölkerung weiter zur Kasse zu bitten. Ab 2025 werden für die Berechnungen der Grundsteuer B, ohne Einzelfallprüfung, neue Messbeträge ermittelt. Erste Bescheide der Finanzbehörden wurden versandt und weisen für Anwohner in Burg Steigerungen von bis zu 80 % aus. Lagen die Messbeträge z.B. in der Siedlung Ost bisher bei 17,97 € werden sie ab 2025 bei bis zu 32,- € liegen.

Laut Statistischem Bundesamt lag die Inflation in den Monaten Oktober und November 10,4 % und 10 %. Der Jahresdurchschnitt 2022 weist eine Inflation von rund 8 % aus. Da Bund und Land durch andauernde Unterfinanzierung der Kommunen eine Entlastung der Bürger fast unmöglich macht stellt die Grundsteuer B eines der wenigen Instrumente dar wie wir hier in den Kommunen für eine Entlastung sorgen können.

Der Bürgermeister, Herr Starke, sieht laut seinen Ausführungen anlässlich der Stadtratssitzung vom 08.12.2022 keine Möglichkeit die Bürgerinnen und Bürger, die Mieter und Besitzer von Wohneigentum zu entlasten. Diese Möglichkeit sehen wir als Fraktion AfD/FW-Endert schon. Sie besteht in einer Absenkung des Grundsteuerhebesatzes für die Grundsteuer B um 8 % von jetzt 380 v. 100 auf neu 350 v.100.

Im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger bitten wir Sie werte Damen und Herren Stadträte um Ihre Zustimmung zu diesem Antrag.

Mit bürgerfreundlichem Gruß
G. Lauenroth
Fraktionsvorsitzende